

EINKOMMEN IMMER UNGLEICHER VERTEILT

WSI-Verteilungsbericht 2019

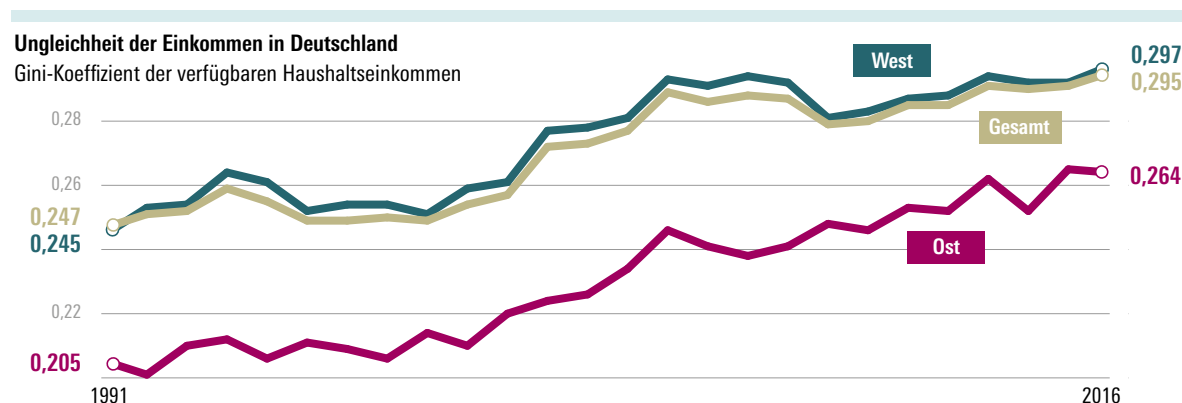
Dorothee Spannagel, Katharina Molitor

AUF EINEN BLICK

In Deutschland nimmt die Einkommensungleichheit weiter zu. Das zeigt der diesjährige WSI-Verteilungsbericht. Im Zentrum steht die Frage, wie sich die Ungleichheit nach dem starken Anstieg Anfang der 2000er Jahre entwickelt hat – ein Thema, das kontrovers diskutiert wird.

Auf Basis der analysierten SOEP-Daten wird klar: Nach dem Jahr 2005 ist der Anstieg der Ungleichheit vorerst stark abgeschwächt. Seit 2010 aber wächst die Einkommensungleichheit wieder deutlich und das ungeachtet der guten konjunkturellen Rahmenbedingungen sowie der äußerst günstigen Arbeitsmarktlage.

Die Analysen belegen, dass die Entwicklung der Einkommen an den Rändern der Verteilung für die erneute Zunahme der Ungleichheit verantwortlich ist. Hier gilt es anzusetzen, um den Anstieg der Ungleichheit zu beenden und eine tief greifende Spaltung der Gesellschaft zu verhindern: Haushalte am oberen Ende müssten über höhere Steuern einen größeren Beitrag zur staatlichen Umverteilung leisten. Um zu verhindern, dass Haushalte am unteren Ende den Anschluss an die Gesellschaft verlieren, sind vor allem die Erhöhung des Mindestlohns, eine Stärkung der Tarifbindung sowie arbeitsmarktpolitische Maßnahmen notwendig.



Je höher der Koeffizient, desto größer die Ungleichverteilung der Einkommen.

Daten: SOEP

Einleitung	2	Diskussion und Fazit	13
Entwicklung der Einkommensungleichheit: eine kontroverse Diskussion	3	Glossar	17
Daten und Methoden	6	Literatur	18
Ergebnisse	8		

EINLEITUNG

„In den vergangenen Jahren waren in Deutschland nur wenige Themen Gegenstand einer derart intensiven wirtschafts- und sozialpolitischen Diskussion wie die Verteilung der Einkommen und ihre Entwicklung“ – mit diesen Worten leitet der Sachverständigenrat zur Begutachtung der Gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in seinem aktuellen Jahresgutachten den Abschnitt zum Thema Einkommensungleichheit ein (SVR 2018, S.410). Und tatsächlich: Spätestens seit der Wirtschafts- und Finanzkrise Ende der 2000er Jahre hat das Thema Einkommensungleichheit bzw. allgemeiner das Thema soziale Ungleichheit einen festen Platz auf der politischen und medialen Agenda und das nicht nur in Deutschland. Auch internationale Organisationen wie die OECD oder der IWF, die lange Zeit in dem Ruf standen, verteilungspolitische Fragen zu missachten und eine neoliberale Politik zu verfolgen, setzen sich inzwischen regelmäßig mit Themen sozialer Ungleichheit auseinander (IMF 2017; OECD 2015, 2019).

Erst jüngst griff der IWF das Thema in seinem aktuellen Deutschlandbericht auf (IMF 2019): Er kritisiert, dass die großen Leistungsbilanzüberschüsse, die Deutschland als führende Exportnation erwirtschaftet, lediglich den Reichen zufließen und so die Konzentration der Einkommen an der Spitze verschärft wird. Treibende Kraft für diese Entwicklung sind, so der IWF, mittelständische Familienunternehmen. Eine Reaktion auf diese deutliche Kritik ließ nicht lange auf sich warten. Die FAZ veröffentlichte einen ausführlichen Kommentar von Brun-Hagen Hennerkes (2019), dem Vorstandsvorsitzenden der Stiftung „Familienunternehmen“. Titel seiner Replik: „Familienunternehmen wirken Ungleichheit entgegen“.

Die Debatte, die die aktuelle Studie des IWF ausgelöst hat, ist nur ein Beispiel für die zahlreichen Auseinandersetzungen, die derzeit über soziale Ungleichheit geführt werden. An diese Kontroversen knüpft der diesjährige Verteilungsbericht an. Im Zentrum steht dabei die Einkommensverteilung als

die wichtigste Dimension sozialer Ungleichheit. So steht die Verteilung der Einkommen immer auch für die Verteilung von Lebenschancen: Je ungleicher die Einkommen, desto ungleicher die Lebenschancen. Wird die Einkommensungleichheit untersucht, spielt deshalb nicht nur eine Rolle, wie gleich oder ungleich die Einkommen tatsächlich sind. Wichtiger sind Fragen danach, ob die Einkommen so verteilt sind, dass jede/r in ausreichendem Maße an der Gesellschaft teilhaben kann, ob sie auf faire Art und Weise erwirtschaftet werden und ob jede/r die Chance hat, sich aus eigener Kraft einen Platz in der Mitte der Einkommensverteilung zu sichern.

Solche Fragen sind grundsätzlich normativer Art. Sie lassen sich nie objektiv beantworten, es gibt keine Maßzahl, die bestimmt, welches Ausmaß an Ungleichheit das „richtige“ ist. Naturgemäß haben Fragen nach der Bewertung vorherrschender Ungleichheitsstrukturen immer auch eine große gesellschaftspolitische Relevanz. Unterschiedliche Bewertungen haben auch unterschiedliche Implikationen für politisches Handeln – neben der nur vermeintlich objektiven Datenlage ein weiterer Grund, warum das Ausmaß der sozialen Ungleichheit Gegenstand heftiger Debatten ist.

Gerade bei der Einkommensverteilung ist die Interpretation von Daten äußerst umstritten (Smith Ochoa/Hugendubel 2019, S.10). Konkret geht es um die Frage, ob die Einkommensungleichheit in den letzten Jahrzehnten zugenommen hat, stabil geblieben oder zurückgegangen ist. Zwei Punkte haben sich in diesem so politisch-normativ verminten Gelände mittlerweile als Konsens etabliert: 1. Die Einkommensungleichheit hat seit der Wiedervereinigung zugenommen. 2. Der Anstieg der Ungleichheit liegt schwerpunktmäßig in den Jahren vor 2005. Was aber ist nach 2005 passiert? Diese Frage hat sich zu einem „Kernpunkt der Ungleichheitsdebatte“ (Klöß/Niehues 2018, S.351) entwickelt. Ein Teil der Literatur stellt hierzu nüchtern fest: „Seit dem Jahr [2005, Anmerkung der Verf.] wächst die Einkommensungleichheit nicht mehr“ (Feld/Schmidt 2016, S.200). Andere wiederum kommen zu dem Schluss, dass die Ungleichverteilung

lung der Einkommen seit diesem Jahr angestiegen ist (exemplarisch Krämer 2019, S.24).

Aus dieser Kontroverse leitet sich die zentrale Frage dieses Verteilungsberichts ab. Sie lautet: Wie hat sich Ungleichheit der *verfügbaren Haushaltseinkommen* seit dem Jahr 2005 entwickelt?¹ Diese Frage wird auf der Basis der aktuellsten Welle des SOEP (Sozio-Oekonomisches Panel; v34, mit Einkommensangaben bis zum Jahr 2016) untersucht.

Der Bericht ist wie folgt gegliedert:² Zunächst wird kurz dargelegt, wie sich die Einkommensungleichheit bis zum Jahr 2005 entwickelt hat. Darauf aufbauend wird die kontroverse Diskussion um die Entwicklungen nachvollzogen, die seit diesem Jahr stattfinden. Nachdem im dritten Abschnitt die methodischen Grundlagen der Analyse erläutert werden, wird im vierten Teil ausführlich empirisch untersucht, was mit der Ungleichverteilung der Einkommen nach 2005 passiert ist. Dabei werden nicht nur bekannte Maßzahlen wie der *Gini-Koeffizient* herangezogen, sondern auch Maße, die insbesondere die Ränder der Verteilung in den Blick nehmen; eine Eigenschaft, die der *Gini-Koeffizient* nur bedingt erfüllt. Der Bericht schließt mit einer kritischen Zusammenfassung und einer politischen Einordnung der Ergebnisse.

ENTWICKLUNG DER EINKOMMENSUNGLEICHHEIT: EINE KONTROVERSE DISKUSSION

Ist die deutsche Gesellschaft gleicher oder ungleicher als noch vor einigen Jahrzehnten? Spätestens seit das Thema „Ungleichheit“ im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise Ende der 2000er Jahre mit aller Macht auf die politische Tagesordnung trat, gibt es eine Art diskursives Dauerrauschen darüber, wie es um die soziale Spaltung in Deutschland bestellt ist (Smith Ochoa/Hugendubel 2019). Dabei gibt es in der Debatte einen klaren Grundkonsens: Die deutsche Gesellschaft ist heutzutage insgesamt ungleicher, als sie es in den 1990er Jahren war. Nicht übersehen werden darf, dass dies aber nicht auf alle Dimensionen sozialer Ungleichheit zutrifft – in der Bildungsdimension etwa hat sich die Lage im Verlauf der letzten Jahrzehnte verbessert (Kaelble 2017, S.133ff.).

Die Ungleichheit der Einkommen hat jedoch seit der Wiedervereinigung eindeutig zugenommen; die Einkommen sind auseinandergedriftet (vgl. Biewen et al. 2017; BMAS 2017; Grabka et al. 2012; Rehm et al. 2014; SVR 2018). Die Polarisierung vollzog sich aber nicht kontinuierlich über die letzten Jahrzehnte hinweg. Insbesondere zu Beginn der 2000er Jahre ist die Ungleichheit der Einkommen sprunghaft angestiegen. Das lässt sich deutlich an der Entwicklung des *Gini-Koeffizienten* ablesen, der wohl gängigsten und bekanntesten Maßzahl zur Ungleichverteilung der Einkommen – je höher der Koeffizient, desto ungleicher die Einkommen (vgl. ► **Abbildung 1**).³

Direkt nach der Wiedervereinigung lag der *Gini-Koeffizient* bei 0,247 Punkten. Nach einem leichten Anstieg sank er Mitte der 1990er wieder auf dieses Niveau und verharrte hier bis zum Ende dieses Jahrzehnts. Im Jahr 1999 setzte dann der rasante Anstieg ein: In nur sechs Jahren erhöhte sich der Koeffizient von unter 0,25 Punkten auf fast 0,29. Gesamtwirtschaftlich gesehen war diese Phase von hoher Arbeitslosigkeit und einer schwachen Lohnentwicklung geprägt (Spannagel 2015, S.4ff.). Gleichzeitig waren die Kapitalmärkte aufgeheizt und ermöglichten satte Renditen – wovon jene profitierten, die es sich leisten konnten, hier zu investieren (Horn et al. 2014, S.3ff.). Im Jahr 2005 kam der enorme Anstieg der Einkommensungleichheit zu einem Ende. Dieses Jahr markierte die entscheidende Zäsur: Unabhängig davon, wie genau sich die Ungleichverteilung der Einkommen in den Folgejahren entwickelte, der große Anstieg ist seitdem zumindest deutlich gebremst.

Der *Gini-Koeffizient* fasst die Ungleichverteilung in einer einzigen abstrakten Maßzahl zusammen. Konkret steht dabei hinter der dargestellten Entwicklung nichts anderes, als dass Armut und Reichtum zunehmen.⁴ Das zeigt sich in ► **Abbildung 2**.

Im Jahr 1991 waren knapp 5,5% der Bevölkerung einkommensreich (*verfügbares Haushaltseinkommen* über 200% des *Medianeinkommens*). Einkommensarm – *verfügbares Haushaltseinkommen* unter 60% des *Medianeinkommens* – waren 11,4% der Deutschen. Bis zum Jahr 2005 stieg der jeweilige Anteil auf über 14,2% (Armut) bzw. auf knapp 7,9% (Reichtum) an. Bei der Entwicklung der Armut sind im hier dargestellten Zeitraum klar zwei Phasen erkennbar: Mitte bis Ende der 1990er Jahre sank die Armutsquote: Im Jahr 1998 waren nur rund 10,3% der Bevölkerung von Armut betroffen.

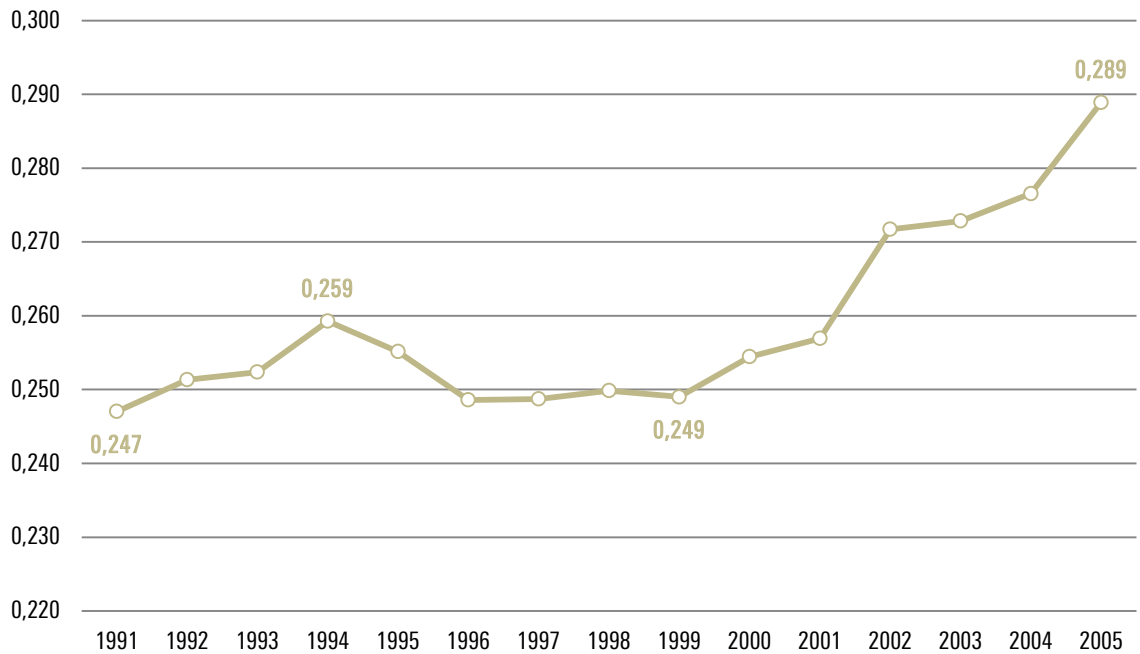
1 Alle kursiv gedruckten Fachbegriffe werden im Glossar im Anhang knapp erklärt. Eine ausführliche Erklärung findet sich im dritten Abschnitt.

2 Auf eine Analyse der funktionellen Einkommensverteilung sowie der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen wird in diesem Bericht verzichtet. Alle wichtigen Daten hierzu stehen in aktueller, kommentierter Fassung auf der Internetseite des WSI-Verteilungsmonitors zum Download zur Verfügung (https://www.boeckler.de/wsi_121277.htm).

3 In diesem Abschnitt werden alle Daten für Deutschland als Ganzes angegeben. Die Zahlen für Ost- und Westdeutschland sind auf dem WSI-Verteilungsmonitor zu finden (https://www.boeckler.de/wsi_121277.htm).

4 Ist im Folgenden von Armut und Reichtum die Rede, bezieht sich dies auf das relative Konzept der Einkommensarmut, bzw. des Einkommensreichtums (vgl. Seite 7).

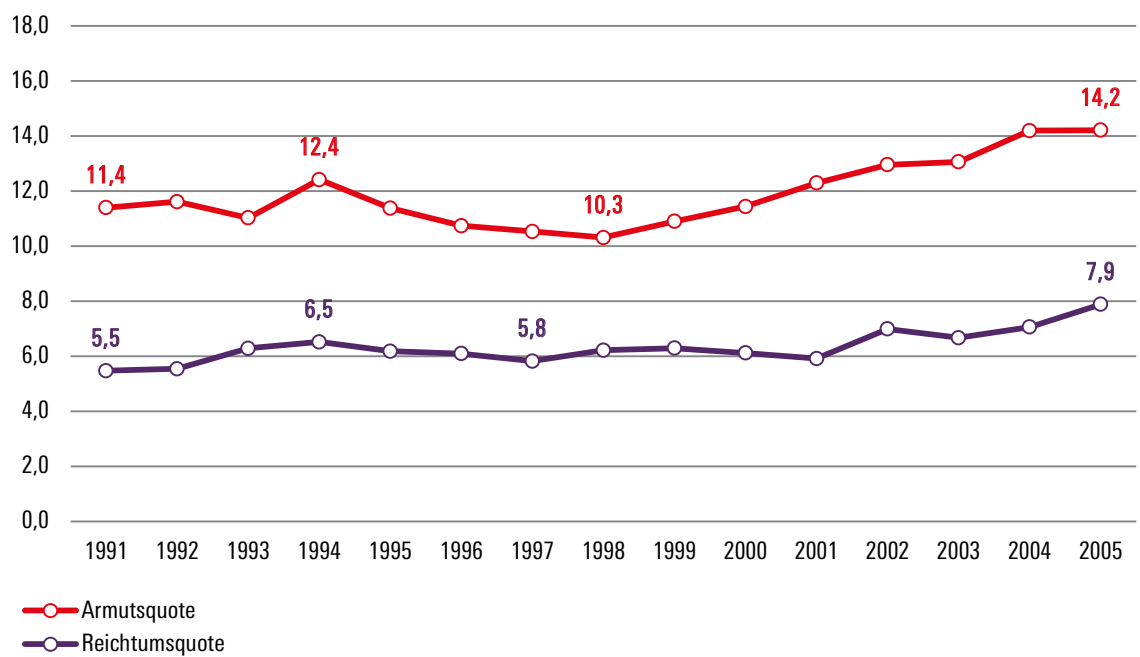
Gini-Koeffizient der verfügbaren Haushaltseinkommen, 1991–2005



Quelle: SOEP Welle 09-23; eigene Berechnungen

WSI

Einkommensarmut und Einkommensreichtum (in Prozent) in Deutschland, 1991–2005



Anteil der Personen, die in Haushalten mit einem verfügbaren Einkommen von weniger als 60 Prozent (Armut) bzw. von mehr als 200 Prozent (Reichtum) des Medianeinkommens leben

Quelle: SOEP Welle 09-23; eigene Berechnungen

WSI

Das ist ein historischer Tiefstand, seit der Wiedervereinigung gab es in keinem Jahr weniger Arme. Ab diesem Jahr nahm die Armutsquote stark zu (plus fast 4 Prozentpunkte 1998-2005). Die Reichtumsquoten stiegen erst ab dem Jahr 2001; die Zunahme fiel hier relativ gesehen aber noch stärker aus als bei der Armut: In nur vier Jahren (2001-2005) nahm der Anteil der Reichen um fast zwei Prozentpunkte zu.

Soweit zum unstrittigen Anstieg der Einkommensungleichheit bis zum Jahr 2005. Was aber passierte danach? Hier gehen die Meinungen auseinander. Es gibt in der verteilungspolitischen Forschung wie Klös und Niehues schön formulieren, zu dieser Frage „zwei Befundrichtungen“ (Klös/Niehues 2018, S.350): So gibt es zum einen Studien, die zum Schluss kommen, dass seitdem die Ungleichheit der Einkommen im Wesentlichen konstant geblieben ist. Die Gegenseite wiederum argumentiert, dass sich seit dem Jahr 2005 der Anstieg der Ungleichheit zwar etwas verlangsamt hat, der allgemeine Trend der Polarisierung aber ununterbrochen fortläuft. Wie genau die Befunde dieser beider verteilungspolitischen Lager aussehen, werden wir im Folgenden sehen.

Beznoska et al. (2016) konstatieren auf der Basis von Daten bis zum Jahr 2013 für die Jahre ab 2005 eine „stabile bis positive Ungleichheitsentwicklung“ (Beznoska et al. 2016, S. 7; ähnlich auch Felbermayr et al. 2016). Sie stützen ihr Fazit darauf, dass die untersten 10% der Einkommensverteilung ihr reales verfügbares Haushaltseinkommen zwischen 2005 und 2010 stärker steigern konnten als die reichsten 10%. Zu einem vergleichbaren Ergebnis kommen auch Peichl und Stöckli (2018): Zwischen 2005 und 2010, so die Autoren, sei es zu einem Rückgang der Ungleichheit gekommen; ab 2010 stagniere die Ungleichheit, lediglich zum Ende der in dieser Studie untersuchten Periode (also zum Jahr 2013) deute sich ein leichter Anstieg an. Auch das Fazit von Klös und Niehues geht in diese Richtung. Sie stellen für die Jahre ab 2005 fest, dass sich „zentrale verteilungspolitische Indikatoren (...) wieder stabilisiert oder sogar strukturell verbessert“ hätten (Klös/Niehues 2018, S.349). Der aktuelle Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung ist ebenfalls dieser Argumentationsrichtung zuzurechnen. Die Entwicklung der Ungleichheit ab 2005 wird hier als „Seitwärtsbewegung“ (BMAS 2017, S.119) beschrieben. Wenig überraschend folgt auch der Sachverständigenrat dieser Ansicht und bezeichnet die Verteilung der verfügbaren Einkommen seit 2005 als „weitgehend stabil“ (SVR 2018, S.409).

Allerdings – und das verdeutlicht anschaulich, wie kontrovers die Frage diskutiert wird, wie sich die Einkommensungleichheit seit 2005 entwickelt hat, – findet sich im Gutachten des Sachverständigenrats zu diesem Punkt eine Gegenmeinung, formuliert vom inzwischen turnusmäßig ausgeschiedenen Ratsmitglied Peter Bofinger. Er führt

an, dass sich auch nach 2005 die Ränder der Einkommensverteilung weiter auseinanderentwickelt hätten, und das insbesondere seit dem Jahr 2011 (SVR 2018, S.426). Studien, die diesem verteilungspolitischen Lager zuzurechnen sind, sehen in der Entwicklung der Ungleichheit seit dem Jahr 2005 nur eine „vermeintliche Trendwende“ (Horn et al. 2014, S.2). Krämer etwa lehnt es explizit ab, für die Jahre ab 2005 von einer Stabilität der Einkommensungleichheit zu sprechen, sei es doch gerade am obersten Ende der Verteilung zu deutlichen Einkommenszuwächsen gekommen (Krämer 2019); eine These, die auch Marcel Fratzscher, der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in seinem Buch „Verteilungskampf“ teilt (Fratzscher 2016, S.56ff.): Er argumentiert, dass zwischen 2000 und 2010 die verfügbaren Einkommen der untersten 10% geschrumpft sind, während die obersten 10% ein Plus von 16% verzeichnen konnten (ähnlich auch Anselmann/Krämer 2015, S.778). Folgt man dieser Forschungsrichtung, so setzen sich diese Trends auch nach dem Jahr 2010 fort: Grabka et al. (2019, S.349) sehen in ihrem aktuellen DIW-Wochenbericht für die Jahre ab 2011 für die unteren 40% der Haushalte im Vergleich zum Bevölkerungsdurchschnitt geringere Einkommenszuwächse. Mit Blick auf die Entwicklung des *Gini-Koeffizienten* konstatieren die Autoren für die Jahre 2009-2016 eine „aufwärtsgerichtete Tendenz“ (Grabka et al. 2019, S.349). Der klare Titel ihres Berichts lautet: „Wiederanstieg der Einkommensungleichheit“.

Fasst man diesen kurzen Literaturüberblick zusammen, so lassen sich folgende Thesen daraus ableiten:

1 Direkt nach dem Jahr 2005 ist die Einkommensungleichheit, zumindest mit Blick auf den *Gini-Koeffizienten*, relativ stabil geblieben. Der Untersuchungszeitraum der meisten Studien, die zu dem Ergebnis kommen, dass die Einkommensungleichheit seit dem Jahr 2005 konstant geblieben sei, endet jedoch bereits Anfang der 2010er Jahre.

2 Seit dem Jahr 2010 zeichnet sich ein erneuter Anstieg der Ungleichheit ab: Alle Studien, die konstatieren, dass nach 2005 die Ungleichheit weiter zugenommen habe, beziehen sich dabei insbesondere auf die zweite Dekade des Jahrtausends.

3 Die Zunahme der Einkommensungleichheit ab 2010 ist insbesondere auf Veränderungen an den Rändern der Verteilung, also bei Armut und Reichtum, zurückzuführen.

Diese Thesen werden wir in Abschnitt vier empirisch überprüfen. Doch zuvor ein paar methodische Vorbemerkungen, welches empirische Einkommens- und Ungleichheitskonzept dem Bericht zugrunde liegt.

DATEN UND METHODEN

Die Berechnungen für den Verteilungsbericht werden mit den SOEP-Daten durchgeführt (SOEP 2019). Dabei handelt es sich um eine repräsentative Befragung privater Haushalte, die seit 1984 vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) durchgeführt wird. Aktuell werden jährlich über 25.000 Personen in etwa 16.000 Haushalten unter anderem zu Einkommen, Beschäftigung, Gesundheit und Bildung befragt (DIW 2019).

Infobox 1

So werden Einkommen berechnet

Die im Bericht verwendeten Einkommensangaben werden im SOEP retrospektiv, also für das der Befragung vorangehende Jahr, erhoben. Mit der aktuellen Welle für das Befragungsjahr 2017 (v34) lassen sich somit Analysen bis zum Einkommensjahr 2016 durchführen.

Die erfassten Einkommen beinhalten Transferzahlungen wie Kinder- und Arbeitslosengeld; Steuern und Sozialbeiträge sind bereits abgezogen. Um die Einkommen über die Jahre hinweg vergleichbar zu machen, werden die erhobenen Einkommen mit dem Verbraucherpreisindex des Statistischen Bundesamtes inflationsbereinigt und sind nachfolgend in Preisen von 2010 angegeben. Mit Hilfe der OECD-Äquivalenzskala werden die Einkommen zudem gewichtet, um diese zwischen verschiedenen Haushaltgrößen- und Zusammensetzungen vergleichen zu können¹. Das hat den Hintergrund, dass in Mehrpersonenhaushalten durch gemeinsames Wirtschaften finanzielle Vorteile gegenüber Einpersonenhaushalten entstehen. So wird beispielsweise nur ein Kühlschrank, eine Waschmaschine und auch nur ein Internetanschluss benötigt. Zusätzlich wird noch die sogenannte imputed rent (also die fiktive Miethöhe selbstgenutzten Wohneigentums) zum Einkommen hinzuaddiert.

¹ Die erste erwachsene Person in einem Haushalt erhält das Gewicht 1,0, jede weitere Person über 14 Jahren wird mit 0,5 Punkten gewichtet. Haushaltsmitglieder unter 14 erhalten ein Gewicht von 0,3. Ein Paar mit zwei Kindern unter 14 Jahren kommt somit auf einen Faktor von 2,1 (1+0,5+0,3+0,3). Durch diesen Wert wird das Haushaltseinkommen bei der sogenannten Äquivalenzgewichtung dividiert.

Die aktuelle Welle ist die Grundlage für die Berechnung der *realen verfügbaren äquivalenzgewichteten Nettohaushaltseinkommen*, auf denen unsere Analysen beruhen. Die Schritte, in denen die Einkommen aufbereitet werden, sind in ► **Infobox 1** dargestellt.

Alle Ergebnisse dieses Berichts müssen vor dem Hintergrund interpretiert werden, dass hohe und insbesondere höchste Einkommen im SOEP unterrepräsentiert sind. Das ist unter anderem darin begründet, dass es nur vergleichsweise wenige Haushalte in dieser Einkommensklasse gibt. Aber auch extrem niedrige Einkommen sind in den Daten untererfasst. Das liegt insbesondere daran, dass Personen, die in Notunterkünften leben oder die wohnsitzlos sind, im SOEP nicht erfasst werden können. Erschwerend kommt hinzu, dass Fragen zu Einkommen als sensibel gelten und hohe Antwortausfälle aufweisen. Gerade die Angaben, die Personen an den Rändern der Verteilung über ihre finanzielle Lage machen, sind überdurchschnittlich oft verzerrt. Am unteren Ende werden Einkommen eher über-, am oberen Rand hingegen eher unterschätzt. Dies kann teils aus Unwissenheit über die tatsächlichen Verhältnisse (besonders am oberen Ende), teils aus sozialer Erwünschtheit der Fall sein. Mittlere Einkommen sind im SOEP daher, wie bei allen vergleichbaren Haushaltssurveys im Vergleich zu den Rändern überrepräsentiert, es gibt einen sogenannten Mittelschichtbias. (Unger et al. 2013, S.56 ff.). All das bedeutet für den vorliegenden Bericht, dass die durch die Daten beschriebene Ungleichheit die tatsächliche Ungleichheit unterschätzen dürfte. Dennoch, die SOEP-Daten sind die beste Datenquelle, will man Ungleichheit in Deutschland untersuchen. Mit den umfassenden Einkommensdaten im SOEP lassen sich zahlreiche Maßzahlen berechnen, die in unterschiedlichen Facetten das Ausmaß und die Gestalt der Einkommensungleichheit abbilden.

Der *Gini-Koeffizient* ist das am häufigsten verwendete Ungleichheitsmaß. Das liegt allem voran an der leichten Interpretierbarkeit. Der *Gini* kann Werte von 0 bis 1 annehmen, wobei 0 völlige Gleichverteilung (alle besitzen gleichviel) und 1 maximale Ungleichheit (eine Person besitzt alles) bedeutet. Der *Gini* reagiert jedoch aufgrund einer impliziten Gewichtung – mittlere Einkommen erhalten bei der Berechnung ein größeres Gewicht, da diese Einkommensgruppe besonders stark besetzt ist – stärker auf Veränderungen in der Mitte der Einkommensverteilung als auf Veränderungen an den Rändern. Gerade vor dem Hintergrund des Mittelschichtbias im SOEP ist es also sinnvoll, weitere Ungleichheitsmaße zu betrachten, die Entwicklungen an den Rändern der Einkommensverteilung besser abbilden. Die hierzu im Bericht verwendeten Maße werden in ► **Infobox 2** erläutert.

Der *Gini-Koeffizient* blickt, wie viele andere Ungleichheitsindizes auch, quasi von außen auf die Einkommensverteilung. Eine einfache Möglichkeit zu untersuchen, was sich innerhalb der Verteilung abspielt, ist die Analyse der Armuts- und Reichtumsquoten. Bezugspunkt für die Armuts- und Reichtumsgrenzen ist das *Medianeinkommen*, der Wert, der genau in der Mitte liegt, wenn alle Einkommen der Größe nach sortiert werden. Es liegt also jeweils eine Hälfte der Einkommen unter und die andere über diesem Wert. Als *einkommensarm* werden in der Forschung üblicherweise diejenigen Haushalte definiert, die weniger als 60% des *Medianeinkommens* zur Verfügung haben⁵ bzw. als sehr arm, wer die 50%-Grenze unterschreitet. Diese Grenzen liegen für Gesamtdeutschland für die im Bericht verwendeten *realen verfügbaren äquivalenzgewichteten Nettohaushaltseinkommen* im Jahr 2016 für Einpersonenhaushalte bei 12.529€/Jahr (Armut), bzw. 10.441€/Jahr (große Armut). Reich ist den Forschungskonventionen folgend, wer mehr als das Doppelte des *Medianeinkommens* erzielt (2016: 41.763€/Jahr). Als sehr reich gilt, wessen Einkommen das Dreifache des *Medianeinkommens* überschreitet (2016: 62.644€/Jahr).

Dem Forschungskonsens folgend, wird hier ein relatives Armuts- bzw. Reichtumskonzept verwendet. In einem reichen Land wie Deutschland spielt absolute Armut, also bspw. die Gefahr, zu verhungern oder zu erfrieren, nur noch eine marginale Rolle. Armut, aber auch Reichtum werden daher als relative Konzepte definiert. Personen sind dann arm, wenn sie „[...] über so geringe (materielle, kulturelle und soziale) Mittel verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedsstaat, in dem sie leben, als Minimum annehmbar ist.“ (Kommission der Europäischen Gemeinschaften 1991, S.4). Solch ein Armutskonzept verhält sich relativ zum Wohlstandsniveau des Landes. Diese relativen Konzepte sind immer wieder in der Kritik. Als Begründung dafür wird zu meist angeführt, dass sich „[f]ür die ARQ ([Armutsrisikoquote; Anmerkung d. Verf.] ein gleich hoher Wert [ergibt], selbst wenn das Einkommen aller Personen um den gleichen Anteil steigt oder sich sogar vervielfacht.“ (BMAS 2013, S. 330). Dies kann ebenso auf die Reichtumsquote übertragen werden. Aber eben darin liegt auch die Begründung für die Nutzung dieser Konzepte. Armut und Reichtum können nicht unabhängig vom Wohlstandsniveau einer Gesellschaft betrachtet werden. Steigt der Wohlstand, steigt auch der allgemeine Lebensstandard und mit ihm die Höhe des Einkommens, das

notwendig ist, um weiterhin an der Gesellschaft teilhaben zu können. Um diese Teilhabedimension zu erfassen, müssen sich das Armuts- und Reichtumskonzept am *Medianeinkommen* orientieren (Becker 2017, S. 100ff.).

Wie lassen sich die Ränder der Einkommensverteilung untersuchen?

Viele Maße, die stärker die Ränder der Verteilung in den Blick nehmen, basieren auf Quantilverteilungen. Das bedeutet, dass die beobachteten Einheiten (hier: Haushalte) aufsteigend nach ihrem Einkommen in gleichgroße Gruppen eingeteilt werden, also beispielsweise in Quantile (vier Gruppen), *Dezile* (zehn Gruppen) oder Perzentile (100 Gruppen). Im Folgenden werden Maßzahlen analysiert, die auf Dezilverteilungen beruhen. Die zehn Prozent der Haushalte mit dem geringsten Einkommen bilden das unterste *Dezil* (D1), die zehn Prozent der Haushalte mit den höchsten Einkommen bilden das zehnte *Dezil* (D10) usw.. Die Einkommensanteile der Bevölkerungsgruppen am Gesamteinkommen werden als Income Shares bezeichnet. Wären die Einkommen komplett gleich verteilt, so besäßen 10% der Bevölkerung 10% des Einkommens.

Maße, die auf Quantilverteilungen aufbauen und die im Bericht verwendet werden, sind *Decile Ratios*, sowie *Palma-* und *Theil-Index*. Auf Grundlage der Income Shares wird der *Palma-Index* berechnet. Die Einkommensanteile in der Mitte der Verteilung sind allgemein hin eher stabil. An dieser Stelle setzt der *Palma-Index* an und betrachtet die Verteilung an den Rändern. Er gibt das Verhältnis zwischen dem Einkommensanteil des obersten *Dezils* und dem der unteren vier *Dezile* an. Liegt nun beispielsweise der Einkommensanteil des obersten *Dezils* bei 40% und der der unteren vier *Dezile* zusammen bei 20%, nimmt der *Palma-Index* den Wert zwei an. Der *Palma-Index* reagiert insbesondere auf Veränderungen am oberen Rand der Einkommensverteilung (Cobham et al. 2015, S. 4).

Auch der *Theil-Index* wird auf Grundlage der Income Shares berechnet. Er beschreibt Einkommensanteile verschiedener Gruppen im Verhältnis zur Größe der Gruppen (also ihrem Bevölkerungsanteil). Er reagiert besonders sensitiv auf Umverteilungen von arm zu reich (ist also sensitiv bei Veränderungen am unteren Rand der Verteilung) und nimmt bei Gleichheit von Einkommens- und Bevölkerungsanteil den Wert 0 an (Conceicao/Ferreira 2000, S. 13).

Auch *Decile Ratios* (Dezil-Verhältnisse) betrachten die Ränder der Verteilung. Hier werden die Einkommensgrenzen zweier *Dezile* zueinander ins Verhältnis gesetzt. Häufig genutzt werden das 9:1 und das 8:2 Verhältnis. Ein Wert von vier sagt beispielsweise aus, dass das Einkommen in der oberen *Dezil*gruppe (etwa dem 9. *Dezil*) viermal höher ist, als in der unteren Gruppe (etwa dem 1. *Dezil*) (Berger 2019, S. 106). Wir verwenden im Bericht das 8:2 Verhältnis, bei dem das Einkommen des 8. *Dezils* ins Verhältnis zum Einkommen des 2. *Dezils* gesetzt wird.

⁵ Diese 60%-Grenze wird seit 2001 offiziell von der EU verwendet. Im EU-Jargon wird sie als „Armutsriskogrenze“ bezeichnet (Arbeitskreis Armutsforschung 2017, S. 151). Dieser Begriff ist aber irreführend, da Haushalte unterhalb dieser Schwelle in den allermeisten Fällen nicht von Armut bedroht, sondern tatsächlich arm sind.

Um zu untersuchen, wie sich die Einkommensungleichheit in den letzten Jahren entwickelt hat, ist es aber nicht nur von Interesse, wie sich der Anteil der Haushalte in Armut bzw. Reichtum verändert hat. Auch die Entwicklung der Einkommen unterhalb der Armutsgrenze ist relevant. Eine Möglichkeit, dies zu untersuchen, bietet die *Armutslücke*. Sie beschreibt den mittleren Abstand zwischen den durchschnittlich *verfügbaren Einkommen* der armen Haushalte zur Armutsgrenze, also sozusagen die Armutintensität (Becker 2017, S.101). So lässt sich analysieren, inwieweit arme Haushalte von Steigerungen des *Medianeinkommens* profitiert haben.

Anhand der vorgestellten Maße wird nun im folgenden Abschnitt analysiert, wie sich die Einkommensungleichheit seit 2005 entwickelt hat.

ERGEBNISSE

Zunächst zum *Gini-Koeffizienten* der *verfügbaren Haushaltseinkommen*. Der Koeffizient ist, wie oben in ► *Abbildung 1* (Seite 4) gezeigt und auch in der Forschung unkontrovers angenommen, bis zum Jahr 2005 deutlich angestiegen und hat in diesem Jahr sein vorläufiges Maximum von 0,289 Punkten erreicht.

Bis zum Jahr 2009 geht der *Gini-Koeffizient* dann leicht auf 0,279 zurück, seitdem ist wieder ein Anstieg zu beobachten (siehe ► *Abbildung 3*). Bereits 2013 liegt er über dem Niveau von 2005. In den Folgejahren steigt er fast kontinuierlich weiter an und liegt zuletzt im Jahr 2016 bei 0,295 und damit auf einem historischen Höchststand.⁶ Der innerdeutsche Vergleich zeigt: In Ostdeutschland liegt der *Gini-Koeffizient* mit 0,264 Punkten im Jahr 2016 immer noch deutlich unter dem westdeutschen Wert von 0,297 und das, obwohl die Steigerung hier steiler verlaufen ist. Aber es findet ein Angleichungsprozess zwischen beiden Landesteilen statt: Die Differenz zwischen West- und Ostdeutschland hat sich von 0,05 Punkten im Jahr 2005 auf 0,03 Punkte (2016) verringert. Die als historisches Erbe der DDR vergleichsweise geringe Spreizung der Einkommen im Osten des Landes nähert sich also zunehmend dem höheren Ungleichheitsniveau in Westdeutschland an.

Der *Gini-Koeffizient* liefert erste Hinweise darauf, dass die Einkommensungleichheit seit dem Jahr 2005 insgesamt weiter angestiegen ist. Das Bild verstärkt sich, wenn wir nun die Indizes betrachten,

die insbesondere die Ränder der Verteilung in den Blick nehmen.

Der *Palma-Index*, der besonders sensitiv auf Veränderungen am oberen Rand der Verteilung reagiert, liegt 2005 bei 1,06 (siehe ► *Abbildung 4*). Als im Zuge der Wirtschaftskrise die Top-Einkommen kurzzeitig einbrechen, sinkt er bis 2009 auf 0,99, steigt aber bis zum Jahr 2013 wieder auf das Niveau von 2005 an. Im Jahr 2016 erreicht der *Palma-Index* sein bisheriges Maximum von 1,07 und liegt damit leicht über dem Stand von 2005.

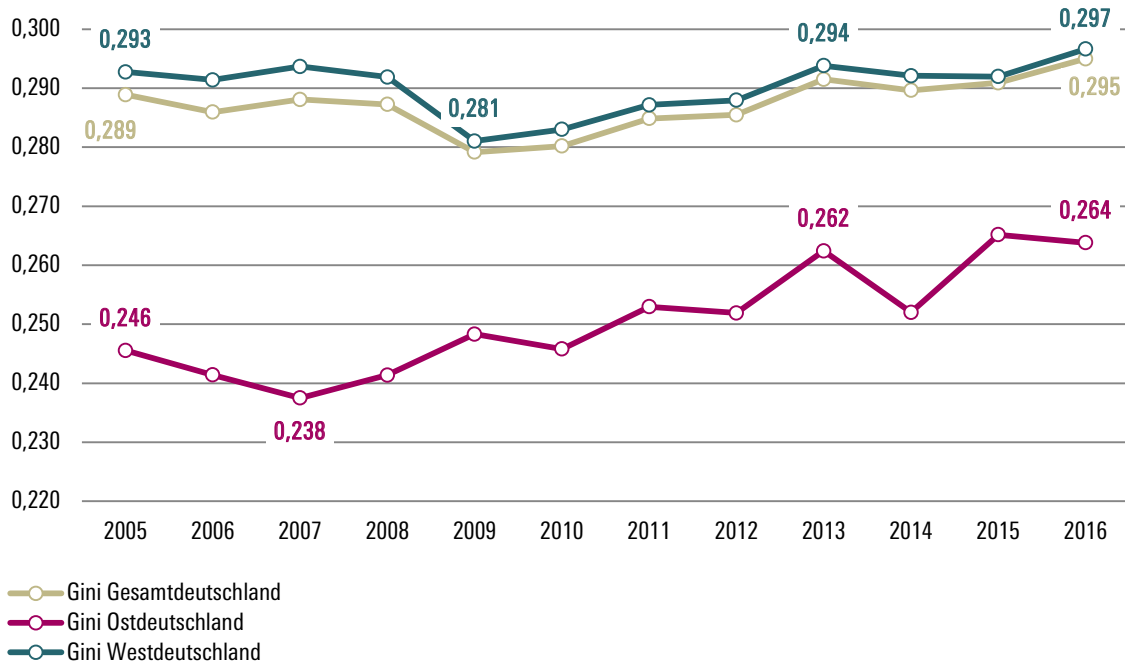
Was zeigt der Blick auf Ost- und Westdeutschland (Daten siehe WSI-Verteilungsmonitor, https://www.boeckler.de/wsi_121277.htm)? Der Index liegt im Westen des Landes wie bei fast allen hier analysierten Maßen leicht über dem gesamtdeutschen Niveau entwickelt sich hierzu parallel. Für Ostdeutschland zeigt sich wieder das niedrigere Ungleichheitsniveau. Die Ungleichheit steigt aber insgesamt stärker als in West- bzw. Gesamtdeutschland, und das bereits ab dem Jahr 2007, während der beinahe stetige Anstieg im Westen des Landes erst 2009 einsetzt. Der vorläufige Maximalwert von 0,92 ist in Ostdeutschland im Jahr 2015 erreicht.

Der *Theil-Index*, der vor allem Veränderungen am unteren Rand der Verteilung berücksichtigt, verläuft ähnlich wie der *Palma-Index* (siehe Abb. 4). Er erreicht zunächst 2007 sein Maximum von 0,163 und kurz darauf 2010 sein Minimum von 0,141. Nach einigem Auf und Ab liegt der *Theil-Index* am aktuellen Rand bei 0,161 und damit wieder beinahe so hoch wie auf seinem Höchststand. Auch bei diesem Index liegt der Wert für Westdeutschland durchgehend leicht über den Werten für Gesamtdeutschland (Daten siehe WSI-Verteilungsmonitor, https://www.boeckler.de/wsi_121277.htm). Im Osten ist zunächst ein Rückgang des Indexes zu beobachten. Er erreicht im Jahr 2007 mit 0,096 das Minimum im beobachteten Zeitraum – in just diesem Jahr klettert der Wert für Westdeutschland auf seinen Höchststand. Seitdem ist der Index im Osten wellenförmig angestiegen und erreicht im Jahr 2015 sein Maximum von 0,127. Im Gegensatz zum Westen des Landes, in welchem das Niveau des *Theil-Indexes* insgesamt über den beobachteten Zeitraum (trotz eines Anstiegs in dem Jahren seit 2014) gegenüber dem Ausgangsjahr 2005 leicht gesunken ist, ist das Niveau in Ostdeutschland deutlich gestiegen. Offenbar finden also im Osten des Landes insbesondere am unteren Ende größere Veränderungen statt.

Beide Maße (*Palma* und *Theil*) bilden insbesondere Veränderungen an den Rändern der Verteilung ab. Gerade im Zeitraum nach der Wirtschaftskrise, also in den Jahren 2009 bis 2011, ist bei beiden Indizes ein starker Anstieg zu verzeichnen. Beide Kennzahlen entwickeln sich damit ähnlich wie der *Gini-Koeffizient*, die Entwicklungen fallen jedoch ausgeprägter aus – ein Hinweis darauf, dass es die Ränder der Verteilung sind, an denen die entscheidenden Entwicklungen stattfinden.

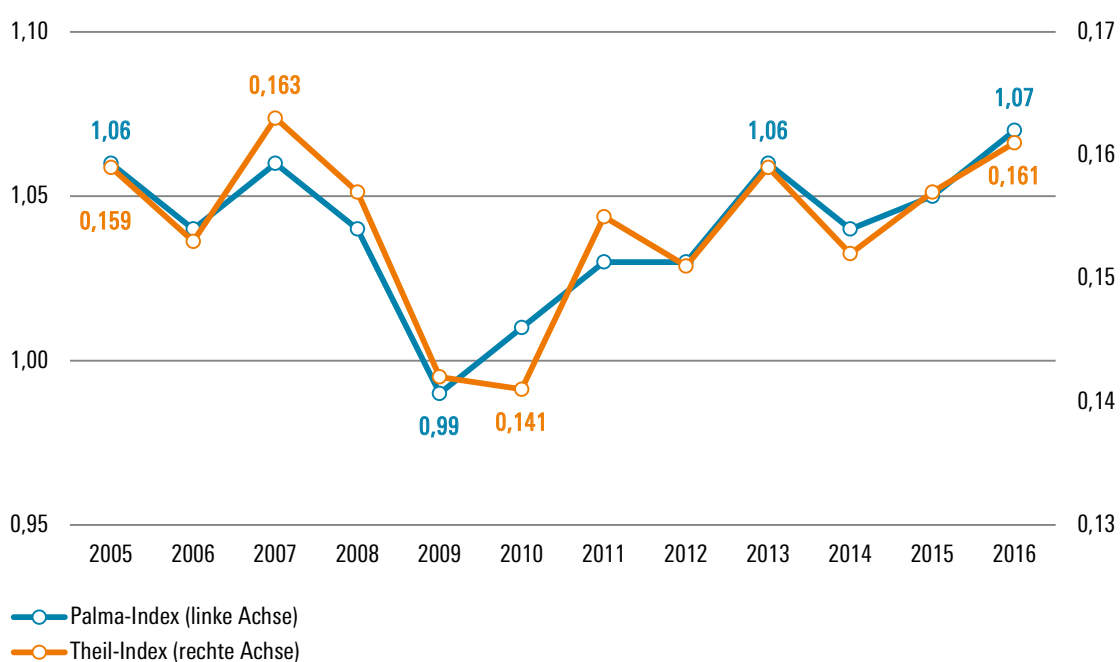
⁶ Eine Überprüfung, ob die Veränderung des Gini-Koeffizienten lediglich auf Veränderungen in der Stichprobensammensetzung zurückzuführen ist oder ob sich die Ungleichheit tatsächlich ändert, wurde mit dem Bootstrap-Verfahren durchgeführt. Außer in den Jahren 2011-2012 und 2013-2014 sind die Veränderungen zum Vorjahr jeweils auf dem 5%-Niveau signifikant.

Gini-Koeffizient der verfügbaren Haushaltseinkommen, Gesamt-, Ost- und Westdeutschland, 2005–2016



Quelle: SOEP Welle 23-34; eigene Berechnungen

Palma- und Theil-Index der verfügbaren Haushaltseinkommen, 2005–2016



Quelle: SOEP Welle 23-34; eigene Berechnungen

Nach dem Überblick über den Verlauf dieser aggregierenden Ungleichheitsmaße widmen wir uns nun der Frage, wie sich die Armuts- und Reichumsquoten in den letzten Jahren entwickelt haben. Dabei werden wir die Entwicklungen in Ost- und Westdeutschland genauer in den Blick nehmen.

In Westdeutschland steigt die Armutsquote zwischen 2005 und 2008 an und erreicht in diesem Jahr ein erstes Maximum von 15,3% (► **Abbildung 5**, dunkelblaue Linie). In den Jahren bis 2010 geht die Armut wieder auf 14,1% zurück und liegt damit in etwa wieder auf dem Niveau des Ausgangsjahres 2005. Seitdem steigt die Armut im bundesdeutschen Westen stark und stetig und liegt zuletzt bei ihrem bisherigen Höchstwert von 17%. Im Osten Deutschlands liegt die Armutsquote im Jahr 2005 mit 15,2% klar über dem westdeutschen Niveau. Anders als im Westen des Landes sinkt die Armutsquote in den Folgejahren jedoch deutlich und liegt im Jahr 2007 bei 13,3% (► **Abbildung 5**, violette Linie). Damit zeigt sich in dieser Phase eine dem Westen entgegengesetzte Entwicklung: Seit 2012 steigen die Armutszahlen an. Am aktuellen Rand nähern sich die Armutsquoten beider Landesteile auf historisch hohem Niveau aneinander an.

Der Anteil der Haushalte, die in strenger Armut leben (Haushaltseinkommen unter 50% des *Medianeinkommens*), entwickelt sich in beiden Landesteilen parallel zur 60%-Armutsquote. Auch hier zeigt sich ein seit 2010 konstanter Anstiegstrend.

In Ostdeutschland sind die Quoten für strenge Armut bis zum Jahr 2014 leicht rückläufig und steigen danach deutlich an.

Die Situation der Haushalte unterhalb der Armutsgrenze hat sich im Untersuchungszeitraum verschlechtert. Das zeigt sich deutlich an der Entwicklung der *Armutslücke* (siehe ► **Tabelle 1**): Liegt im Jahr 2005 der Abstand der mittleren Einkommen von Einpersonenhaushalten unterhalb der Armutsgrenze zur Armutsgrenze noch bei unter 2.900 €, so beträgt dieser Abstand im Jahr 2016 fast 3.500 €. In diesem Jahr verfügt ein Einpersonenhaushalt im Schnitt also lediglich über ein Einkommen von knapp über 9.000 €. Der Anstieg ereignet sich vor allem im Zeitraum 2013 bis 2016. Dass die *Armutslücke* seit 2005 wächst, ist insbesondere auf die im selben Zeitraum stark ansteigenden *Medianeinkommen* zurückzuführen (vgl. ► **Tabelle 2 im Anhang**). Das zeigt deutlich: Die mittleren Einkommen steigen zwar, die Armen profitieren davon aber nicht, sie werden zunehmend von dieser Entwicklung abgehängt.

Das obere Ende der Verteilung, hier dargestellt durch die Reichumsquote (Haushalte mit einem *verfügbaren Einkommen* von über 200% des *Medianeinkommens*), ist deutlich stabiler als die Armutsquote (siehe ► **Abbildung 6**). Gleichzeitig fällt auf, dass sich hier deutlich größere Unterschiede zwischen dem Osten und Westen des Landes zeigen. In Westdeutschland lassen sich zwei Phasen ausmachen: Zwischen 2006 und 2009 sinkt der Anteil der Einkommensreichen von 8,7% auf 7,2%. Danach folgt bis zum Jahr 2014 ein kontinuierlicher Anstieg zurück auf 8,5%. Am aktuellen Rand liegt die Reichumsquote nach einem neuerlichen Rückgang bei 7,8%. In Ostdeutschland gibt es nur etwa halb so viel reiche Haushalte wie im Westen des Landes. Die Reichumsquote steigt hier seit 2008 stetig an und erreicht im Jahr 2014 ihr bisheriges Maximum (5,8%). Sie bleibt aber auch damit immer noch deutlich hinter den Werten des Westens zurück. Bis 2016 geht die Reichumsquote wieder zurück und liegt am aktuellen Rand mit 4,8% nur leicht über dem Wert des Ausgangsjahres 2005.

Der Anteil der sehr Reichen, also der Haushalte, die ein Einkommen erzielen, das über dem Dreifachen des *Medianeinkommens* liegt, schwankt in Westdeutschland um die zwei Prozent-Marke. In Ostdeutschland liegt dieser Wert wiederum etwa bei der Hälfte des westdeutschen Wertes, bewegt sich also um die ein Prozent-Marke. Da sehr reiche Haushalte im SOEP untererfasst sind (vgl. Seite 6), sind diese Zahlen allerdings etwas mit Vorsicht zu genießen. Die tatsächliche Anzahl solcher Haushalte dürfte deutlich höher liegen, als diese Zahlen vermuten lassen.

Offenbar ist insbesondere das untere Ende der Verteilung in den Jahren seit 2005 Veränderungen unterworfen. Wie oben gezeigt, hat der Anteil der Armen in den letzten Jahren deutlich zugenommen.

Tabelle 1

Armutslücke (in Euro), 2005–2016

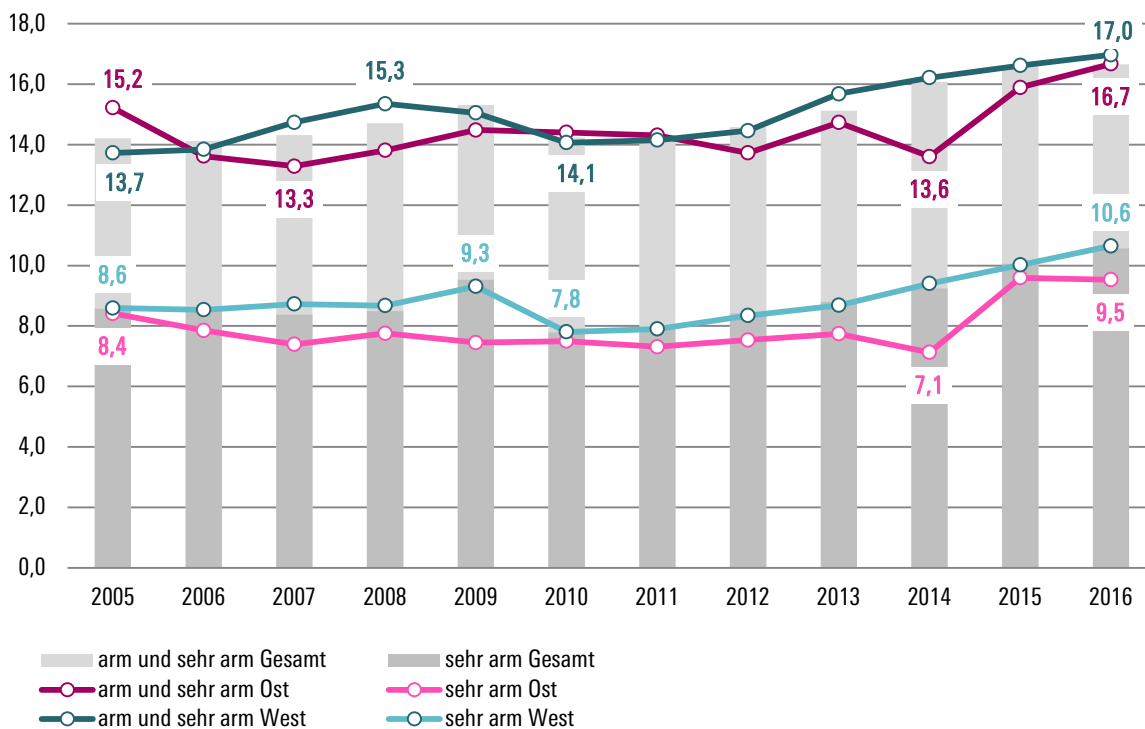
Jahr	Armutslücke
2005	2.873
2006	2.799
2007	2.709
2008	2.763
2009	2.932
2010	2.741
2011	2.673
2012	2.775
2013	2.774
2014	2.901
2015	3.084
2016	3.452

Einkommensbetrag der den armen Haushalten im Schnitt fehlt, um über die Armutsgrenze zu kommen, Angaben in Preisen von 2010

Quelle: SOEP Welle 23-34, eigene Berechnungen

WSI

Einkommensarmut (in %) in Gesamt-, Ost- und Westdeutschland, 2005–2016

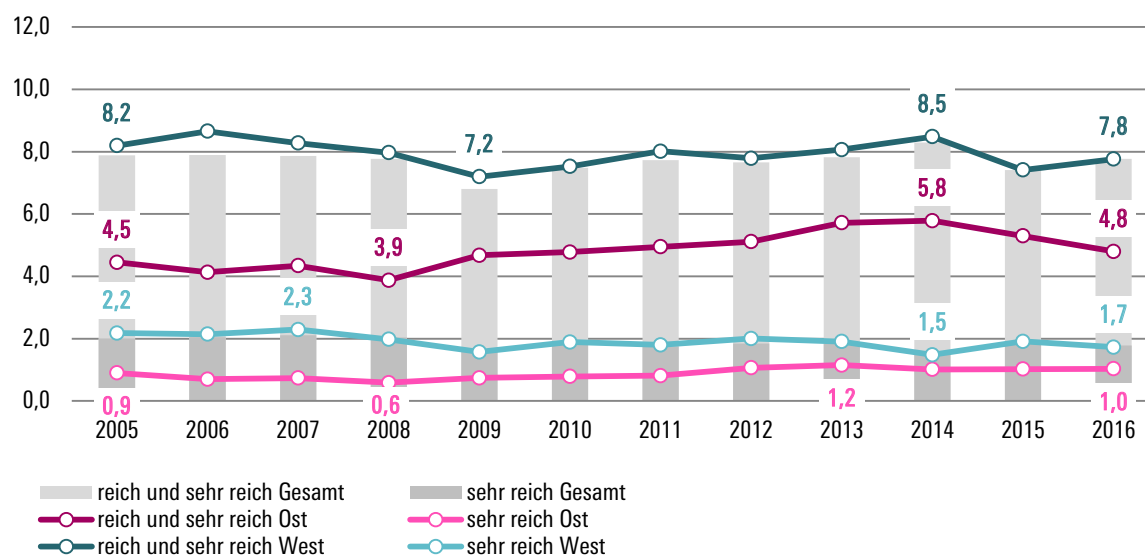


Anteil der Personen, die in Haushalten mit einem verfügbaren Einkommen von weniger als 60% (= Gesamtgruppe der Armen) bzw. 50% (= Teilgruppe der sehr Armen) des Medianeinkommens leben

Quelle: SOEP Welle 23-34, eigene Berechnungen



Einkommensreichtum (in %) in Gesamt-, Ost- und Westdeutschland, 2005–2016



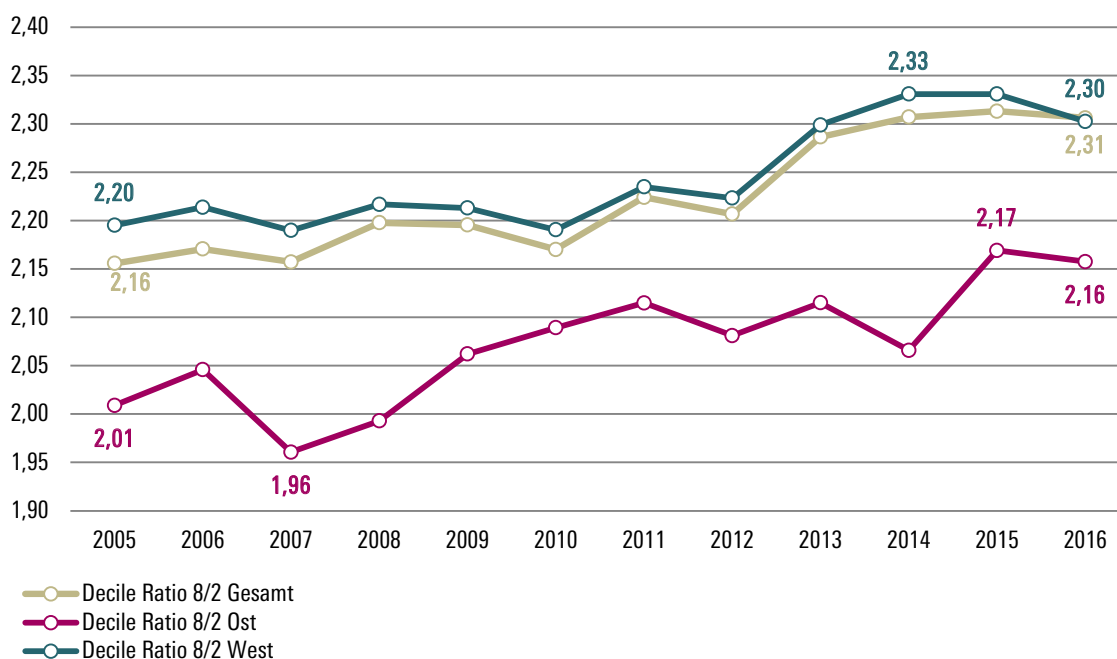
Anteil der Personen, die in Haushalten mit einem verfügbaren Einkommen von mehr als 200% (= Gesamtgruppe der Reichen) bzw. 300% (= Teilgruppe der sehr Reichen) des Medianeinkommens leben

Quelle: SOEP Welle 23-34, eigene Berechnungen



8/2 Decile Ratios der verfügbaren Haushaltseinkommen, Gesamt-, Ost- und Westdeutschland, 2005–2016

Einkommen des 8. Dezils im Verhältnis zum Einkommen des 2. Dezils



Quelle: SOEP Welle 23-34; eigene Berechnungen

WSI

Diese Zunahme konzentriert sich auf den Zeitraum seit 2010 im Westen, bzw. seit 2014 im Osten. Dass sich auch die Einkommen, die arme bzw. reiche Haushalte zur Verfügung haben, auseinanderentwickeln, zeigt sich in Abbildung 7. Dort sind die sogenannten *8/2 Decile Ratios* abgebildet.

Das 8:2 Verhältnis liegt im Ausgangsjahr der Betrachtung (2005) in Westdeutschland bei 2,2, das bedeutet, dass im Schnitt das Einkommen im achten *Dezil* etwa 2,2-mal so hoch ist wie im zweiten *Dezil*. Bis 2011 erhöht sich dieses Verhältnis unter Schwankungen leicht auf 2,23. In den darauffolgenden Jahren ist ein starker Anstieg zu beobachten. 2014 und 2015 liegt das 8:2 Verhältnis auf dem Höchststand von 2,33. Zum aktuellen Rand geht der Wert wieder leicht zurück. Die gesamtdeutsche Entwicklung liegt leicht unterhalb des Niveaus Westdeutschlands und verläuft wieder sehr parallel. In Ostdeutschland hingegen zeigt sich ein auffallend anderes Bild. Hier steigen zwischen 2007 und 2011 die Werte deutlich auf 2,11 an – in Westdeutschland sind die Zahlen in diesen Zeitraum vergleichsweise stabil. Nachdem es einige Jahre nur leichte Schwankungen gibt, steigt das Verhältnis Mitte der 2010er Jahre noch einmal deutlich an, liegt am aktuellen Rand bei 2,16 und damit deutlich über dem Niveau von 2005.

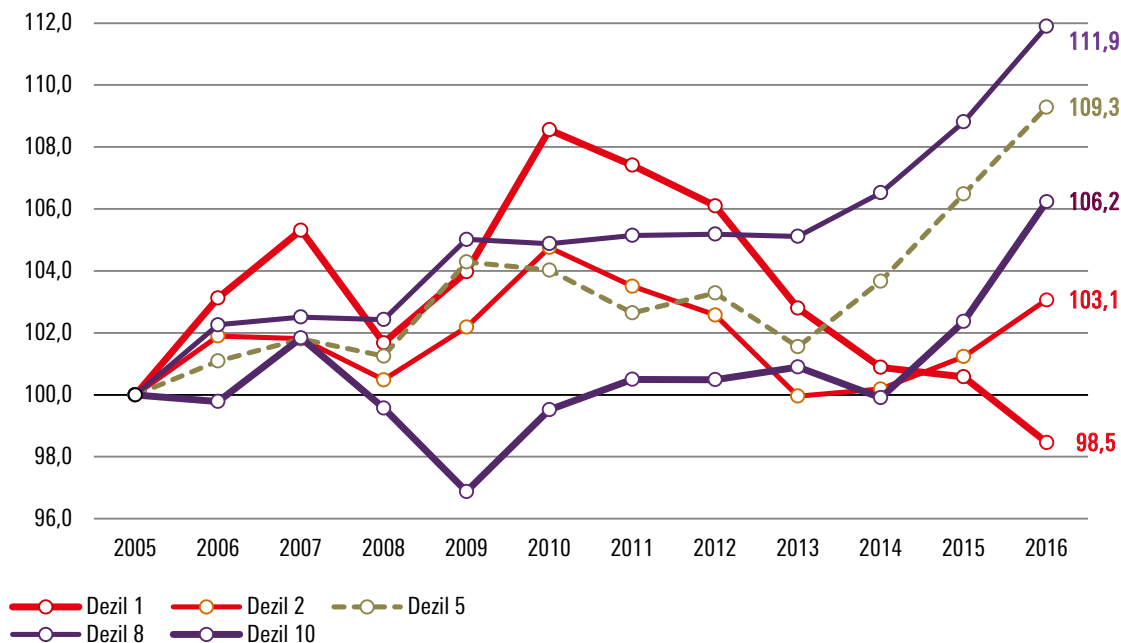
Diese Entwicklung lässt zwei mögliche Interpretationen zu: Entweder sind die oberen Einkommen im Vergleich zu den unteren stärker gestiegen oder Beziehende unterer Einkommen mussten Einbußen ihres Einkommens hinnehmen. Diese Frage lässt sich beantworten, indem man sich die mittleren Einkommen der *Dezile* anschaut (siehe ► Abbildung 8).⁷

Das 8. *Dezil* erlebt im Untersuchungszeitraum im Vergleich zu den anderen *Dezilen* gegenüber dem Jahr 2005 den größten Einkommenszuwachs (plus knapp 12 Prozentpunkte), wohingegen Einkommensbezieher im zweiten *Dezil* im Jahr 2016 real im Mittel Einkommen beziehen, die lediglich 3 Prozentpunkte über dem Niveau von 2005 liegen. Das in Abbildung 7 dargestellte steigende *Dezil*-Verhältnis liegt also in den insbesondere in neuerer Zeit stark ansteigenden Einkommen des 8. *Dezils* begründet.

Besonders fallen in Abbildung 8 die Entwicklungen im ersten und zehnten *Dezil* auf. In den Jahren 2008 bis 2010 sind, bedingt durch die Wirtschaftskrise, im obersten *Dezil* im Mittel Realeinkommenseinbußen zu beobachten. Parallel dazu sinkt auch im untersten *Dezil* der Einkommenszuwachs

⁷ Aus Gründen der Übersichtlichkeit sind in der Grafik nur Daten für ausgewählte *Dezile* für Gesamtdeutschland angegeben. Eine kommentierte Grafik mit einem Überblick über alle *Dezile* steht auf dem WSI-Verteilungsmonitor zur Verfügung (https://www.boeckler.de/wsi_121277.htm).

Mittelwerte der verfügbaren Haushaltseinkommen nach Einkommensdezilen, 2005–2016*



*Im Jahr 2016 liegen die Einkommensgrenzen dieser Dezile bei einem verfügbaren Jahreseinkommen von 10.254 € (1. Dezil), 13.528 € (2. Dezil), 18.454 € (5. Dezil), 26.759 € (8. Dezil) und 38.402 € (10. Dezil). Das unterste Dezil liegt komplett, das 2. Dezil in weiten Teilen unterhalb der Armutsgrenze. Die Reichtumsgrenze verläuft im 10. Dezil.

Quelle: SOEP Welle 23-34; eigene Berechnungen

WSI

deutlich, es müssen jedoch keine realen Einbußen hingenommen werden. Früher als im obersten *Dezil* erholen sich die Einkommen im untersten *Dezil* und verzeichnen in den Jahren nach der Krise große Steigerungen. Nach einem Höchststand im Jahr 2010 geht das reale Einkommenswachstum im untersten *Dezil* jedoch rapide zurück. Im Jahr 2016 liegt das Einkommen im Mittel bei lediglich 98,5% des Ausgangswertes im Jahr 2005. Das oberste *Dezil* hingegen verzeichnet seit 2011 wieder fast durchgehend Einkommenssteigerungen. Außer im untersten *Dezil* haben im Jahr 2016 alle *Dezile* im Vergleich zu 2005 im Mittel ein höheres Einkommen.

Diese Entwicklung bestätigt das, was die vorangegangenen Analysen bereits gezeigt haben: Den größten Veränderungen unterworfen sind insbesondere die Ränder der Verteilung, dabei sind das oberste und das unterste *Dezil* als Extrema zu nennen. Die Entwicklung, die sich nachteilig für das unterste *Dezil* und vorteilhaft für die oberen *Dezile* ausgewirkt hat, konzentriert sich auf den Zeitraum seit 2009 – ein deutlicher Hinweis darauf, dass in diesen Jahren die Einkommensungleichheit wieder steigt.

DISKUSSION UND FAZIT

Seit einigen Jahren gibt es in der Verteilungsforschung große Kontroversen darüber, wie sich die Einkommensungleichheit seit dem Jahr 2005 entwickelt hat. Unstrittig ist, dass in jenem Jahr der rasante Anstieg der Ungleichheit endet, der nach 1998 eingesetzt hat. Wie sich die Ungleichheit danach entwickelt hat, ist umstritten: Einer Forschungsrichtung zufolge hat sich seit 2005 eine weitgehende Stabilität der Einkommensverteilung eingestellt; auf der anderen Seite stehen Studien, die einen weiteren Anstieg der Ungleichheit sehen. Der diesjährige Verteilungsbericht setzte an diesem Punkt an und fragte: Ist die Ungleichheit der *verfügbaren Haushaltseinkommen* nach dem Jahr 2005 stabil geblieben oder hat sie zugenommen? Die analysierten SOEP-Daten zeigen ein eindeutiges Ergebnis: Die Einkommensungleichheit ist seit 2005 weiter gestiegen. Allerdings muss man das Bild etwas differenzierter betrachten. Vier Trends kennzeichnen die Entwicklung seit 2005:

1 Insgesamt hat sich der Anstieg der Einkommensungleichheit gegenüber dem Beginn der 2000er Jahre deutlich verlangsamt. Hier bestätigen die Daten das Bild, das wir aus der Literatur kennen.

2 Zwischen 2005 und 2010 ist die Einkommensverteilung relativ stabil. Der *Gini-Koeffizient* etwa verändert sich in diesem Zeitraum kaum bzw. ist in einigen Jahren sogar leicht rückläufig (vgl. ► **Abbildung 3**). Auch die anderen Ungleichheitsmaße, die im Bericht analysiert wurden, sind in diesen Jahren recht konstant.

3 Seit 2010 steigt die Einkommensungleichheit wieder stetig an. Alle untersuchten Ungleichheitsindizes belegen, dass die Ungleichverteilung der Einkommen im Jahr 2016 über dem Niveau von 2005 liegt. Im innerdeutschen Vergleich steigt die Ungleichheit in Ostdeutschland stärker als im Westen des Landes – und damit auch als in der gesamtdeutschen Perspektive. Da das Ungleichheitsniveau in Ostdeutschland in den 1990er Jahren deutlich niedriger war als im Westen, hat mit hin ein Angleichungsprozess zwischen den beiden Landesteilen stattgefunden.⁸

4 Seit Ende der 2000er Jahre nimmt die Entwicklungsdynamik an den Rändern der Verteilung deutlich zu. Reichtums- und vor allem Armutsquoten steigen und die *Armutslücke* wächst stark. Das unterste *Dezil* verliert real an Einkommen, in der oberen Hälfte (also ab dem 5. *Dezil*) hingegen steigen die Einkommen kräftig.

Wie sind diese Ergebnisse zu bewerten? Zunächst einmal widerlegen sie jene Literatur, die für die Jahre ab 2005 von einer Stabilisierung oder gar einem Rückgang der Einkommensungleichheit spricht. Sie bestätigen auch die im zweiten Abschnitt aufgestellten Thesen (vgl. Seite 5). Außerdem verdeutlichen die Ergebnisse, welche Bedeutung die Ränder der Verteilung für die Entwicklung der Einkommensungleichheit haben. Immer mehr Einkommen konzentriert sich bei den sehr Reichen, während gleichzeitig die Armen zunehmend von der Entwicklung in der Mitte der Verteilung abgehängt werden. Interpretiert man diese Ergebnisse vor dem Hintergrund der derzeitigen gesamtwirtschaftlichen Lage, stimmt das pessimistisch.

Die Jahre 2005 bis 2010, also die Jahre relativ stabiler Einkommensungleichheit, sind von der Wirtschafts- und Finanzkrise geprägt. Das Wirtschaftswachstum verlangsamt sich, 2008/2009 sinkt das BIP deutlich. Die Wirtschaftskrise unterbricht regelrecht den Anstieg der Ungleichheit. Das liegt vor allem daran, dass diese zu einem temporären Einbruch der *Kapitaleinkommen* führt (vgl. Horn et al. 2014). Mit dem Jahr 2010 setzt dann der starke wirtschaftliche Aufschwung ein, der, wenn auch

abgeschwächt, bis heute anhält. Begleitet wird er von einer äußerst positiven Arbeitsmarktlage. Es gibt derzeit in Deutschland so viele Erwerbstätige wie noch nie seit der Wiedervereinigung. Auch die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten steigt seit einigen Jahren stetig und immer weniger Haushalte beziehen ALG II (Hartz IV) (Spannagel 2015, S.4f.). Die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind also derzeit äußerst günstig. Dennoch geht die Einkommensungleichheit nicht zurück. Im Gegenteil: Sie steigt weiter an und immer mehr Menschen sind von Armut betroffen. Es ist ein Armutszeugnis für Deutschland, dass es selbst unter so stabilen guten konjunkturellen Bedingungen nicht gelingt, die Ungleichheit zu verringern und Armut wirksam zu bekämpfen. Wie kann das sein? Hier hilft ein Blick auf die Mechanismen, die für den Anstieg der Ungleichheit in den letzten Jahren verantwortlich sind.

Einer der stärksten Treiber sind wachsende Lohnungleichheiten. Die zunehmende Spreizung der Löhne setzt bereits Ende der 1990er Jahre ein (Fitzenberger 2012). Seitdem gibt es eine wachsende Bevölkerungsgruppe am unteren Rand der Verteilung, die den Anschluss an die Lohnsteigerungen der Mitte der Gesellschaft verloren hat (Fratzscher 2016, S.63). Das erklärt einen großen Teil sowohl der rasanten Zunahme der Ungleichheit zwischen 1999 und 2005 wie auch des erneuten Anstiegs nach 2010. Gerade in der ersten Dekade des neuen Millenniums mussten die unteren Lohngruppen Lohneinbußen hinnehmen; von Lohnzuwächsen konnten nur die oberen Lohngruppen profitieren (Fratzscher 2016, S.56ff.).

Für die oben beschriebene wachsende Konzentration der Einkommen am oberen Ende sind insbesondere die *Kapitaleinkommen* verantwortlich. Diese Einkommensart ist äußerst ungleich verteilt. Es sind fast ausschließlich Haushalte an der Spitze der Verteilung, die in nennenswertem Maße über solche Einkommen verfügen (Horn et al. 2017, S.9). Kapitalanlagen waren insbesondere in den Jahren direkt vor der Finanz- und Wirtschaftskrise sehr einträglich – was einen Teil des Anstiegs der Einkommensungleichheit in diesen Jahren erklärt (Schmid/Spannagel 2015). Aber auch aktuell spielt dieser Mechanismus eine Rolle. Die *Kapitaleinkommen* haben sich längst von der Finanzkrise erholt und erhöhen die Ungleichheit weiter (Krämer 2019, S.22).

Erwerbs- und *Kapitaleinkommen* sind die beiden Komponenten der *Markteinkommen*. Im Zuge der Polarisierung des Lohngefüges und der wachsenden Konzentration der *Kapitaleinkommen* ist die Ungleichheit der *Markteinkommen* in den letzten Jahrzehnten deutlich gestiegen. In der ersten Dekade nach der Wiedervereinigung gelang es noch, die wachsende Ungleichheit der *Markteinkommen* über staatliche Umverteilungsinstrumente auszugleichen. Die staatliche Umverteilung wurde in diesem Zeitraum durch einige Reformen im

⁸ In Westdeutschland fällt der erneute Anstieg der Ungleichheit nicht ganz so eindeutig aus: Zwei der Indizes (Palma und Theil) liegen im Jahr 2016 auf dem Niveau von 2005 bzw. sogar leicht darunter. Allerdings zeigen auch diese beiden Maßzahlen seit Ende der 2000er insgesamt klar einen Aufwärtstrend.

Steuersystem gestärkt, wie etwa die Anhebung der Vermögenssteuer von 0,5% auf 1,0% in den Jahren 1995/96 (bevor diese dann 1997 ausgesetzt wurde), oder die deutliche Anhebung des Grundfreibetrags (Horn et al. 2017, S.9). Die Ungleichheit der *verfügbaren Einkommen* (nach der staatlichen Umverteilung) blieb dementsprechend zunächst noch stabil. Das ändert sich Ende der 1990er Jahre. Die Einkommensungleichheit der *verfügbaren Einkommen* steigt seitdem eben auch, weil es nicht mehr gelingt, die stark wachsende Ungleichheit der *Markteinkommen* über Umverteilung auszugleichen (Schmid/Stein 2013, S. 31f.).

Diese Entwicklung wird durch einen weiteren Trend verstärkt: steuerpolitische Entlastungen der Reichen. Es ist belegt, dass reiche Haushalte von vielen steuerpolitischen Entscheidungen der letzten Jahre direkt profitiert haben (Bach et al. 2016). Das gilt insbesondere für die Absenkung des Spitzensteuersatzes von noch 53% Ende der 1990er Jahre auf derzeit nur mehr 42%. Auch die Reform der Erbschaftssteuer im Jahr 2016 spielt hier eine Rolle. Sie sieht zahlreiche Ausnahmen vor, sodass etliche Betriebsvermögen, die beinahe ausschließlich an der Spitze der Verteilung zu finden sind, vererbt werden können, ohne dass der Staat über Steuern umverteilend eingreift. Die direkte Folge: Die Konzentration der Top-Einkommen nimmt weiter zu. Gleichzeitig stärken diese steuerpolitischen Entscheidungen einen weiteren bedenklichen Trend, der ebenfalls die Entwicklung der Einkommensverteilung in den letzten Jahrzehnten kennzeichnet: Die deutlich zurückgehende Mobilität, sowohl zwischen Einkommensschichten als auch im Generationenverlauf (vgl. hierzu ausführlich Spanagel 2018).

Dieser knappe Überblick über die ungleichheitsantreibenden Mechanismen ist keineswegs umfassend. Er verdeutlicht aber, wo es politisch anzusetzen gilt, um die Ungleichheit zu reduzieren und so den sozialen Zusammenhalt in Deutschland zu stärken.

1 Verringerung des Niedriglohnsektors: Dies muss einerseits über die Stärkung von Tarifverträgen durch die Vereinfachung von Allgemeinverbindlichkeitserklärungen erfolgen, andererseits über die Anhebung des Mindestlohns. Auch gilt es, Schlupflöcher bei der Umsetzung des Mindestlohns zu schließen. So kann gesichert werden, dass Lohnsteigerungen auch den unteren Lohngruppen zugutekommen. Eine Anhebung des Mindestlohns auf 12 €, wie sie derzeit vermehrt diskutiert wird, würde die Lohnungleichheit entscheidend dämpfen und eine tatsächlich existenzsichernde Lohnuntergrenze einziehen (Schulzen/Pusch 2019).

2 Stärkere Besteuerung von Spitzeneinkommen: Um den weiteren Anstieg der Ungleichheit zu bremsen, ist es entscheidend, die wachsende Konzentration der Einkommen am oberen Ende zu

dämpfen. Dazu muss der Spitzensteuersatz deutlich angehoben werden. Zudem müssen Kapitalerträge stärker besteuert werden. Diese werden derzeit pauschal mit der Abgeltungssteuer in Höhe von 25 % belegt; die Umverteilungswirkung dieser Steuer ist äußerst gering. Kapitalerträge müssen in die Einkommenssteuer eingegliedert werden und entsprechend progressiv besteuert werden. Außerdem gilt es sehr hohe Erbschaften stärker zu besteuern und Ausnahmen in der Erbschaftssteuer abzubauen. Auch die Wiederaufnahme der Vermögenssteuer ist hier relevant. Solche Reformen stärken die Umverteilung von oben nach unten und beteiligen die Reichen angemessen an der Finanzierung des Gemeinwesens.

3 Anhebung der ALG II Regelsätze: Die Regelsätze müssen soweit angehoben werden, dass niemand, der ALG II bezieht, unterhalb der Armutsgrenze leben muss. Dies ist heutzutage immer wieder der Fall und das auch inklusive der Kosten der Unterkunft und etwaiger Mehrbedarfszuschläge. Im Jahr 2014 etwa lag das komplette Haushaltsbudget eines Singlehaushalts mit ALG II im Schnitt pro Monat 160 € unterhalb der Armutsgrenze (Härpfer 2016, S. 42). Ähnlich wie der Mindestlohn sind die ALG II Regelsätze eine Untergrenze, die das Auffächern der Verteilung am unteren Rand bremst. Damit dies wirkungsvoll gelingt, müssen die Regelsätze aber deutlich angehoben werden. Nur so wird all jenen, die ALG II beziehen, ein Leben oberhalb der Armutsgrenze und somit auch eine ausreichende Teilhabe an der Gesellschaft ermöglicht.

4 Bedarfsorientierte Beratung für Bedürftige: Um die Ungleichheit der Einkommen am unteren Ende einzudämmen, sind nicht nur zusätzliche finanzielle Leistungen notwendig. Genauso wichtig ist es, dass Haushalte am unteren Ende der sozialen Leiter im Bedarfsfall unbürokratisch und zielgerichtet unterstützt und beraten werden. Dazu gehören etwa der Zugang zu psychosozialer Beratung (bspw. bei Schulden oder Suchtproblemen), Deutschkurse für Migrant*innen, aber auch passgenaue arbeitsmarktbezogene Maßnahmen wie Umschulungen oder Weiterbildungen. Letztere sind insbesondere für Langzeitarbeitslose zentral, eine Bevölkerungsgruppe, die mit die höchsten Armutsraten aufweist und die kaum von der aktuellen Rekordbeschäftigung profitiert.

Wachsende Ungleichheit ist kein Schicksal. Sie lässt sich durch ein Zusammenwirken der hier erörterten politischen Maßnahmen vermeiden. Das Ziel ist dabei nicht, abstrakte Maßzahlen wie den *Gini-Koeffizienten* zu senken. Vielmehr geht es darum, die deutsche Gesellschaft lebenswerter zu gestalten und alle gleichermaßen daran teilhaben zu lassen. In einer Gesellschaft, die zunehmend in Oben und Unten zu zerfallen droht, ist der gesellschaftliche Zusammenhalt gefährdet.

Die Analyse und Bewertung der Entwicklung sozialer Ungleichheit mag hart umstritten sein; dass übermäßige Ungleichheit aber das soziale und politische Fundament einer Gesellschaft brüchig werden lässt, wird kaum jemand ernsthaft bestreiten. Ausufernde soziale Spaltungen verstärken den Verteilungskampf, reduzieren soziale und politische Teilhabe und gefährden das Funktionieren einer Marktwirtschaft (Fratzscher 2016, S.81).⁹ Sie drohen auch unsere Demokratie auszuhöhlen (Bank/van Treeck 2015). Um Ungleichheit zu verringern, das hat der Bericht deutlich gezeigt, muss insbesondere an den Rändern der Verteilung angesetzt werden. Das obere Ende muss über eine stärkere Umverteilung von oben nach unten wieder mehr an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligt werden; Haushalte am unteren Ende müssen gezielter sowohl mit monetären als auch mit nicht-monetären Maßnahmen unterstützt werden, um wieder Anschluss an die Mitte der Gesellschaft zu erhalten.

⁹ In den letzten Jahren ist in der Forschung zudem in eine größere Zahl an Studien erschienen, die belegen, dass die wachsende Ungleichheit auch direkte negative Einflüsse auf die wirtschaftliche Situation eines Landes hat (vgl. dazu ausführlicher Horn et al. 2017, S. 3).

Armutsücke: Einkommensbetrag der den armen Haushalten im Schnitt fehlt, um über die Armutsgegrenze zu kommen.

Decile Ratios: Dezil-Verhältnisse setzen die Einkommensgrenzen zweier Einkommensdezile zueinander ins Verhältnis.

Dezil: Zehn gleich große Bevölkerungsgruppen vom ärmsten bis zum reichsten Zehntel der Bevölkerung.

Einkommensarmut: Personen, die in Haushalten leben, die über weniger als 60 % des Medianeinkommens verfügen; sind es weniger als 50 % spricht man von strenger Armut.

Einkommensreichtum: Personen die in Haushalten leben, die über mehr 200 % des Medianeinkommens verfügen; sind es mehr als 300 % spricht man von großem Reichtum.

Erwerbseinkommen: Löhne und Gehälter, die auf dem Arbeitsmarkt erzielt werden.

Gini-Koeffizient: gibt an, wie ungleich Einkommen verteilt sind und kann Werte zwischen 0 und 1 annehmen. 0 steht dabei für die völlige Gleichverteilung (alle verfügen über gleich viel Einkommen), der Wert 1 für extreme Ungleichverteilung (einer besitzt alles).

Kapitaleinkommen: Einkünfte, die aus Kapitalanlagen generiert werden. Dazu gehören Miet- oder Pachteinahmen, Zinsen und Dividenden aus Aktienbesitz oder Betriebsvermögen.

Markteinkommen: umfassen Erwerbseinkommen, Kapitaleinkommen und die Mietersparnis durch selbstgenutzten Wohnraum.

Medianeinkommen: der Wert, der genau in der Mitte liegt, wenn alle Einkommen der Größe nach sortiert werden.

Palma-Index: beschreibt die Ungleichverteilung von Einkommen. Je höher der Palma-Index, desto größer die Ungleichheit. Er reagiert insbesondere sensitiv auf Veränderungen am oberen Ende der Verteilung.

Reales verfügbares äquivalenzgewichtetes Nettohaushaltseinkommen: Gesamteinkommen aller Haushaltsmitglieder nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben zuzüglich staatlicher und privater Transferzahlungen und der Mietersparnis durch selbstnutzten Wohnraum – in Preisen von 2010 und für unterschiedliche Haushaltstypen standardisiert.

Theil-Index: beschreibt die Ungleichverteilung von Einkommen. Er reagiert besonders sensitiv auf Veränderungen am unteren Ende der Verteilung und nimmt bei Gleichverteilung den Wert 0 an.

Verfügbares Haushaltseinkommen: Synonym verwendet für reales verfügbares äquivalenzgewichtetes Nettohaushaltseinkommen.

Tabelle 2

Medianeinkommen (in Euro), 1991-2016

Median der verfügbaren äquivalenzgewichteten jährlichen Nettohaushaltseinkommen für Einpersonenhaushalte (in Euro), Angaben in Preisen von 2010

Jahr	Median
1991	18.117
1992	18.451
1993	18.356
1994	18.040
1995	18.061
1996	18.346
1997	18.307
1998	18.567
1999	19.285
2000	19.376
2001	19.073
2002	19.391
2003	19.191
2004	19.205
2005	19.055
2006	19.317
2007	19.433
2008	19.244
2009	19.976
2010	19.913
2011	19.614
2012	19.724
2013	19.468
2014	19.819
2015	20.327
2016	20.881

Quelle: SOEP Welle 09-34, eigene Berechnungen

- Anselmann, C./Krämer, H. (2015):** Income inequality and top incomes: some recent empirical developments with a focus on Germany, in: *International Review of Applied Economics* 29 (6), S. 770–786
- Arbeitskreis Armutsforschung (Hrsg.) (2017):** Erklärung zum Armutsbegriff, in: *Soziale Sicherheit* 66 (4), S. 151–155
- Bach, S./Beznoska, M./Steiner, V. (2016):** Wer trägt die Steuerlast in Deutschland? Verteilungswirkungen des deutschen Steuer- und Transfersystems: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Politikberatung kompakt Nr. 114, Berlin
- Bank, J./van Treeck, T. (2015):** „Unten“ betrifft alle: Ungleichheit als Gefahr für Demokratie, Teilhabe und Stabilität, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 65 (10), S. 41–46
- Becker, I. (2017):** Kritik am Konzept relativer Armut - Berechtigt oder irreführend, in: *WSI Mitteilungen* 70 (2), S. 98–107
- Berger, J. (2019):** Wirtschaftliche Ungleichheit. Zwölf Vorlesungen, Wiesbaden
- Beznoska, M./Henger, R./Hentze, T./Klöß, H.-P./Lesch, H./Niehues, J./Pimpertz, J./Plünnecke, A./Schäfer, H./Schmidt, J./Schröder, C./Voigtländer, M./Werner, D. (2016):** Faktencheck Gerechtigkeit und Verteilung: Eine empirische Überprüfung wichtiger Stereotype: Institut der deutschen Wirtschaft, IW-Report Nr. 29, Köln
- Biewen, M./Ungerer, M./Löffler, M. (2017):** Why Did Income Inequality in Germany Not Increase Further After 2005, in: *German Economic Review*, online first, <https://doi.org/10.1111/geer.12153>
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) (Hrsg.) (2013):** Lebenslagen in Deutschland. Der vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) (Hrsg.) (2017):** Lebenslagen in Deutschland. Der Fünfte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin
- Cobham, A./Schlogl, L./Sumner, A. (2015):** Inequality and the tails: The Palma Proposition and Ratio revisited: United Nations DESA Working Paper Nr. 143
- Conceicao, P./Ferreira, P. (2000):** The Young Person's Guide to the Theil Index: Suggesting Intuitive Interpretations and Exploring Analytical Applications: University of Texas Inequality Project (UTIP), UTIP Working Paper Nr. 14
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) (2019):** SOEP-Core Version 34, https://www.diw.de/de/diw_01.c.615977.de/soep_v34.html
- Felbermayr, G./Battisti, M./Lehwald, S. (2016):** Einkommensungleichheit in Deutschland, Teil 2: Die Rolle der Umverteilung, in: *ifo Schnelldienst* 69 (14), S. 22–29
- Feld, L. P./Schmidt, C. M. (2016):** Jenseits der schrillen Töne. Elemente für eine rationale Diskussion über die Ungleichheit von Einkommen und Vermögen in Deutschland, in: *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 17 (2), S. 188–205
- Fitzenberger, B. (2012):** Expertise zur Entwicklung der Lohnungleichheit in Deutschland. Arbeitspapier des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Wiesbaden
- Fratzsch, M. (2016):** Verteilungskampf. Warum Deutschland immer ungleicher wird, München
- Grabka, M. M./Goebel, J./Liebig, S. (2019):** Wiederanstieg der Einkommensungleichheit - aber auch deutlich steigende Realeinkommen, in: *DIW Wochenbericht* (19), S. 343–353
- Grabka, M. M./Goebel, J./Schupp, J. (2012):** Höhepunkt der Einkommensungleichheit in Deutschland überschritten?, in: *DIW Wochenbericht* (43), S. 3–15
- Härpfer, M. (2019):** Analysen zu Mindestsicherungsleistungen und Armutsgefährdung: Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg, ifb-Materialien 1-2016, Bamberg
- Hennerkes, B.-H. (2019):** Familienunternehmen wirken Ungleichheit entgegen., <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/familienunternehmen-wirken-der-ungleichheit-entgegen-16284576.html> (letzter Zugriff: 13.08.2019)
- Horn, G. A./Behringer, J./Gechert, S./Rietzler, K./Stein, U. (2017):** Was tun gegen die Ungleichheit? Wirtschaftspolitische Vorschläge für eine reduzierte Ungleichheit: Hans-Böckler-Stiftung, Report Nr. 129, Düsseldorf
- Horn, G. A./Gechert, S./Rehm, M./Schmid, K. D. (2014):** Wirtschaftskrise unterbricht Anstieg der Ungleichheit: Hans-Böckler-Stiftung, Report Nr. 97, Düsseldorf
- International Monetary Fund (IMF) (Hrsg.) (2017):** Tackling Inequality. Fiscal Monitor October 2017, Washington
- International Monetary Fund (IMF) (Hrsg.) (2019):** Germany. Selected Issues: IMF Country Report Nr. 214:
- Kaelble, H. (2017):** Mehr Reichtum, mehr Armut. Soziale Ungleichheit in Europa vom 20. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Frankfurt/New York
- Klöß, H.-P./Niehues, J. (2018):** Soziale Ungleichheit in Deutschland: Befunde und wichtigste Handlungsfelder, in: *Sozialer Fortschritt* 67 (5), S. 349–367
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Hrsg.) (1991):** Schlussbericht des zweiten europäischen Programms zur Bekämpfung der Armut 1985–1989, Brüssel
- Krämer, H. (2019):** Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland. Entwicklungen, Ursachen, Maßnahmen, in: *Wiso Diskurs, Analysen und Konzepte zur Wirtschafts- und Sozialpolitik*, Bonn (im Erscheinen)
- Organization for Economic Co-Operation and Development (OECD) (Hrsg.) (2015):** In it together: Why less inequality benefits all, Paris
- Organization for Economic Co-Operation and Development (OECD) (Hrsg.) (2019):** Under Pressure. The Squeezed Middle Class, Paris
- Peichl, A./Stöckli, M. (2018):** Ungleichheit und Umverteilung in Deutschland: Trends und Handlungsoptionen, in: *ifo Schnelldienst* 71 (15), S. 18–22
- Rehm, M./Schmid, K. D./Wang, D. (2014):** Why has Inequality not Risen Further After 2005?: Hans-Böckler-Stiftung, IMK Working Paper Nr. 137, Düsseldorf

LITERATUR

Sachverständigenrat zur Begutachtung der Gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) (Hrsg.) (2018): Für eine zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik. Jahresgutachten 2017/18, Wiesbaden

Schmid, K. D./Spannagel, D. (2015): Kapitaleinkommen und Einkommensungleichheit in Deutschland, in: P. Bofinger/G. A. Horn/K. D. Schmid/T. van Treeck (Hrsg.): Thomas Piketty und die Verteilungsfrage. Analysen, Bewertungen und wirtschaftspolitische Implikationen für Deutschland, Leipzig, S. 234–272

Schmid, K. D./Stein, U. (2013): Explaining Rising Income Inequality in Germany 1991-2010: Hans-Böckler-Stiftung, IMK Study Nr. 32, Düsseldorf

Schulten, T./Pusch, T. (2019): Mindestlohn von 12 Euro: Auswirkungen und Perspektiven, in: *Wirtschaftsdienst* (5), S. 335–339

Smith Ochoa, C./Hugendubel, M. (2019): Umstrittene Faktenlage. Eine Diskursanalyse der öffentlichen Diskussion um sozioökonomische Ungleichheit in Deutschland: Hans-Böckler-Stiftung, Working Paper Forschungsförderung Nr. 131, Düsseldorf

Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) (2019): Daten für die Jahre 1984-2017, Version 34, SOEP

Spannagel, D. (2015): Trotz Aufschwung: Einkommensungleichheit geht nicht zurück. WSI-Verteilungsbericht 2015: Hans-Böckler-Stiftung, WSI-Report Nr. 26, Düsseldorf

Spannagel, D. (2018): Dauerhafte Armut und verfestigter Reichtum. WSI Verteilungsbericht 2018: Hans-Böckler-Stiftung, WSI-Report Nr. 43, Düsseldorf

Unger, B./Bispinck, R./Pusch, T./Seils, E./Spannagel, D. (2013): Verteilungsbericht 2013. Trendwende noch nicht erreicht: Hans-Böckler-Stiftung, WSI Report Nr. 10, Düsseldorf

IMPRESSUM

Ausgabe

WSI Report Nr. 53, Oktober 2019

WSI Verteilungsbericht 2019

ISSN 2366-7079

Herausgeber

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI)

der Hans-Böckler-Stiftung Düsseldorf

Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf

Telefon +49 (211) 7778-187

<http://www.wsi.de>

Pressekontakt

Rainer Jung, +49 (211) 7778-150

rainer-jung@boeckler.de

Satz: Daniela Buschke

Kontakt

Dr. Dorothee Spannagel

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI)

der Hans-Böckler-Stiftung

Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf

Telefon +49 (211) 7778-205

dorothee-spannagel@boeckler.de

www.wsi.de

Dieses Werk ist lizenziert unter der

Creative Commons Lizenz CC BY 4.0 International

(<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/legalcode.de>)